Deputation für Bildung **Sitzungsprotokoll der 21. Sitzung (staatlich)**			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015			
Sitzungstag **13. Februar 2014**	Sitzungsbeginn **15:35 Uhr**	Sitzungsende **16:30 Uhr**	Sitzungsort **Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2013	
TOP 3	Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 1. Mai 2014 (Beschluss der Feriendeputation)	Vorlage L89/18
TOP 4	Neuordnung des Zulassungsverfahrens in den Vorbereitungsdienst	Vorlage L90/18
TOP 5	Erwachsene Menschen beim Lesen- und Schreibenlernen mehr unterstützen	Vorlage L91-18
TOP 6	Neuwahl von Mitgliedern des Landesausschusses für Weiterbildung	Vorlage L92/18
TOP 7	EFRE-Projekt „Innoaktiv“ durch die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen genehmigt	Vorlage L93/18
TOP 8	„Jugendberufsagentur“	Vorlage L94/18
TOP 9	Verschiedenes	

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Dr. vom Bruch bittet, unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ folgende Punkte zu erörtern, bzw. kündigt entsprechende Berichtsbitten an:

- Sachstand Privatschulgesetznovelle,
- Sachstand Zuweisungsrichtlinie,
- Erörterungsbedarf zum Bericht „Besoldungstabelle der Grundschulleitungen“,
- Erörterungsbedarf zum Bericht „Vorgehensweise Warnung bei extremer Wetterlage“,
- Verfügung Nr. 9/2014 (Festlegung von Mindestfrequenzen für die Einrichtung einer E-Phase an allgemeinbildenden Gymnasialen Oberstufen, Schuljahr 2014/2015)

Frau Vogt kündigt folgende Nachfrage unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes an:

- Schulsozialarbeiter – Sachstand zu zwei Arbeitsverträgen von Schulsozialarbeiterinnen der Schule Am Wasser.

Herr Rohmeyer kündigt folgende Nachfrage unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes an:

- Informationen zu Anmeldezahlen für das Schuljahr 2014/2015

Frau Schmidtke kündigt folgende Nachfrage unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes an:

- Zustand der Toiletten der Grundschule Schönebeck

Es besteht Einigkeit, die Sachstandsanfragen zum Privatschulgesetz und zur Zuweisungsrichtlinie in der Staatlichen Sitzung aufzurufen und die übrigen Anfragen zuständigkeitshalber in der städtischen Deputation zu erörtern.

Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung nach Maßgabe der vorgetragenen Änderungswünsche einstimmig.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.12.2013

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt fragt, ob Änderungswünsche zum Protokoll der Sitzung vom 13.02.2013 bestehen. Dies ist nicht der Fall.

Beschluss (einstimmig):
Die Deputation für Bildung genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 13.12.2013.

TOP 3 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen
hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 1. Mai 2014 (Beschluss der Feriendeputation) L89/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf. Die Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen zum 01.05.2014 war bereits durch die Feriendeputation beschlossen worden und wird der Deputation zur Kenntnis gegeben.

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 4 Neuordnung des Zulassungsverfahrens in den Vorbereitungsdienst L90/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Personalrat-Schulen sieht bei der vorgeschlagenen Neuordnung des Zulassungsverfahrens Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Erteilung von Vertretungsunterricht durch Referendare sowie bezüglich der Regelung der Bonuspunkte für die Wartezeit im Hinblick auf die vorgesehene Kontinuität der Bewerbung.

Frau Böschen begrüßt das Vorhaben und weist darauf hin, dass die Reduzierung auf zwei Einstellungstermine eine Chance darstelle, die Ausbildungssituation aller Referendar/-innen vergleichbar zu gestalten, da der Zeitpunkt, ab wann eigenverantwortlich unterrichtet werde, für alle Kohorten gleich sei. Frau Vogt bittet um Erläuterung zu den geplanten Regelungen zu den Nachreichungsfristen und fragt angesichts der in Hessen und Nordrhein-Westfalen zurzeit noch bestehenden Regelung nach den Erfahrungen anderer Bundesländer mit vier Einstellungstermine pro Jahr.

Herr von Lührte erklärt, dass das Beteiligungsverfahren erst im Anschluss an diese Deputationsbefassung beginne und der Personalrat im Rahmen dieses Verfahrens seine Änderungswünsche einbringen könne. Auf Nachfrage von Frau Böschen erläutert Herr Staatsrat Kück, dass mit der Senatorin für Finanzen Gespräche geführt werden, welche Möglichkeiten bestünden, die Anzahl der einzustellenden Referendare zukünftig zu erhöhen. Frau Dr. Buhse erklärt, dass die Erfahrungen dazu führten, dass es künftig in allen Bundesländern keine vier Einstellungstermine mehr geben werde. Die Nachreichungsfristen seien im Grundsatz durch die Kultusministerkonferenz geregelt. Hier müssten alle Bundesländer ihre Gesetze anpassen.

Beschluss: (einstimmig**)**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht und den Entwurf einer neuen „Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen“ (AVKVO) in der Fassung der Anlage 4 zur Kenntnis und stimmt der Einleitung des Beteiligungsverfahrens zu.

TOP 5 Erwachsene Menschen beim Lesen- und Schreibenlernen mehr unterstützen
Bremer Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung L91/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Schön begrüßt den Bericht ausdrücklich und weist auf die Hohe Übereinstimmung der Fraktionen beim ursprünglichen Bürgerschaftsbeschluss hin. Herr Dr. vom Bruch hält die Alphabetisierung für einen wichtigen Baustein bei der Armutsbekämpfung und sieht dem Gedanken der Prävention in dem Bericht zu wenig Rechnung getragen, insbesondere im Hinblick auf die Lese- und Schreibkompetenzen der Schulabgänger. Frau Vogt fragt nach Lösungsmöglichkeiten für Raumprobleme, die die Volkshochschule nach ihren Kenntnissen habe, um den vielen Anmeldungen zu Spracherwerbskursen nachzukommen. habe. Es könnten mehr Spracherwerbskurse angeboten werden, wenn genügend Räume hierfür zur Verfügung stünden. Herr Güngör bedankt sich für die Erstellung des umfangreichen Berichtes und bittet, der Deputation für Bildung fortlaufend regelmäßig über den Stand zu berichten. Frau Häsler nach besonderen Angeboten für Männer, da diese nach den vorliegenden Kenntnissen häufiger von Analphabetismus betroffen seien als Frauen. Frau Seevers erläutert, dass ein Ansatz hierfür in der künftig vorgesehen, stärkeren Koppelung des Themas Alphabetisierung mit Berufsausbildungskursen liegen könne. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, dass eine Kooperation mit Schulen in der Raumfrage sinnvoll sei. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass das Thema sensibel zu behandeln sei. Schule sei ein öffentlicher Raum und es können Schamgefühle bei Teilnehmer/-innen hervorgerufen werden, bezüglich der Notwendigkeit, ihre Grundbildung weiterzuentwickeln. Frau Schön hebt noch einmal hervor, dass es grundsätzlich aber auch eine positive Nachricht sei, wenn die Volkshochschule viele Anmeldungen zu Spracherwerbskursen habe.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6 Neuwahl von Mitgliedern des Landesausschusses für Weiterbildung L92/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung wählt die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landesausschusses für Weiterbildung gemäß den vorgenannten Vorschlägen.

TOP 7 EFRE-Projekt „Innoaktiv“ durch die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen genehmigt L93/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Güngör weist im Zusammenhang mit der Anschaffung neuer IT-Infrastruktur im Rahmen des Programmes auf die in der Bürgerschaft im Dezember geführte Debatte zur Nutzung von W-LAN an Schulen hin und bittet das Thema Sicherheit und Datenschutz in einer der nächsten Sitzungen zu erörtern.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über das Genehmigungsverfahren des EFRE-geförderten Projektes „Innoaktiv“ zur Kenntnis.

TOP 8 „Jugendberufsagentur“ L94/18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Vogt hält es für erforderlich, das Thema in einer gesonderten Debatte zu vertiefen und weist darauf hin, dass die Abweichungen vom Hamburger Modell einer Jugendberufsagentur ihrer Meinung nach erheblich seien. Frau Böschen bedankt sich für die Vorlage, die von 3 Ressorts mit jeweils unterschiedlicher Struktur erarbeitet worden sei. Jetzt würden aber auch entsprechend Ausbildungsplätze für die Jugendlichen benötigt. Herr Dr. vom Bruch sieht in der Jugendberufsagentur einen vielversprechenden Weg. Da drei Ressorts beteiligt seien, müsse vermieden werden, sich in Zuständigkeiten zu verstricken. Die Bereitschaft, Zuständigkeiten abzugeben, müsse vorhanden sein. Frau Schön weist darauf hin, dass mit dem Bericht zu den Planungen ein erster Schritt erfolgt sei, jetzt müsse das Konstrukt mit Inhalt gefüllt werden Herr

Güngör betont, dass ein Beschluss zur Jugendberufsagentur vor der Sommerpause vorliegen solle und bittet darum, den Beschlussvorschlag entsprechend der Beschlussfassung in der Deputation für Arbeit zu ergänzen. Hierüber besteht Einigkeit.
Herr Staatsrat Kück unterstreicht noch einmal die gemeinsame konstruktive Zusammenarbeit der drei Ressorts. Wichtig seien jetzt gemeinsame Anstrengungen, um die jungen Leute nicht zu verlieren. Das erwähnte Hamburger Modell sei nur bedingt auf Bremen übertragbar, bei der Einrichtung einer Bremer Jugendberufsagentur müssten immer auch die bremischen Besonderheiten berücksichtigt werden. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt stellt fest, dass es ein gemeinsames Interesse gebe, für die Jugendlichen angemessene Beratungs- und Qualifizierungswege zu entwickeln. Hier befinde man sich auf einem guten Weg.

Beschluss: (einstimmig)
Die Deputation für Bildung (staatlich) nimmt die Vorlage zur Prüfung der Jugendberufsagentur zur Kenntnis und bittet darum, ihr das Ergebnis der Prüfung vor der Sommerpause vorzulegen.

TOP 9 Verschiedenes

- Der Bericht zur Methode „Lesen durch Schreiben“ auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. vom Bruch wird vorgelegt.
- Der Bericht zum Sachstand der Aufnahme der Krankenhausschule ins Schulgesetz auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. vom Bruch wird vorgelegt
- Der Bericht zu den Angeboten für Unterricht in den Herkunftssprachen über Konsulate auf die Anfrage des Abgeordneten Güngör wird vorgelegt
- Der Bericht zur Verordnung zur Änderung schulrechtlicher Verordnungen wird vorgelegt
- Auf die Nachfrage des Abgeordneten Dr. vom Bruch erklärt Herr Staatsrat Kück, dass für die Vorlage der Privatschulgesetznovelle die Sitzung der Deputation im März angestrebt werde. Falls dies nicht einzuhalten sei, werde die Vorlage auf die Tagesordnung der Sitzung im Mai 2014 genommen. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. vom Bruch erläutert Herr von Lührte, dass bei entsprechender Anpassung der Zeiträume für das Beteiligungsverfahren das Inkrafttreten des Gesetzes zum neuen Schuljahr auch mit einer Befassung der Mai-Deputation erreicht werden könne.
- Zur Frage nach dem Sachstand bei der Erarbeitung einer Zuweisungsrichtlinie weist Frau Böschen darauf hin, dass eine Vorlage in der Deputation für Bildung im Mai 2014 nach ihrer Auffassung nicht möglich sei, da die Abstimmung mit Bremerhaven erfolgen müsse. Herr Staatsrat Kück erwidert, dass es in Kürze weitere Diskussionen mit Bremerhaven geben werde. Frau Vogt gibt zu Protokoll, dass die Deputation für Bildung be-

reits seit September 2012 auf die Zuweisungsrichtlinie warte und dies bei allen Beteiligten zu Unmut geführt habe.

- Zum Bericht „Besoldungstabelle für Grundschulleitungen“ weist Herr Dr. vom Bruch auf die Verärgerung der Betroffenen hin. Er bittet darum, dass in der nächsten Sitzung der Deputation erneut über den Fortgang berichtet werde. Auf die Nachfrage von Frau Böschen erklärt Herr Staatsrat Kück, dass eine rückwirkende Besoldungsanpassung aus beamtenrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Herr Fecker weist darauf hin, dass die gesamte Deputation an dieser Stelle Handlungsbedarf sehe. Frau Vogt gibt zu Protokoll, dass auch die Besoldungsanhebung bereits seit langem erwartet werde.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung um 16:30 Uhr.